

Das Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm (1947), die Düsseldorfer Leitsätze der Sozialen Marktwirtschaft (1949) und der „Rheinische Kapitalismus“*

Rudolf Uertz

Angesichts des Zusammenbruchs des Kommunismus und der sozialistischen Staatswirtschaft 1989/90 konstatiert der französische Ökonom Michel Albert: „Die Systemdebatte ist nunmehr [...] zu einer innerkapitalistischen“ geworden. Dabei stehen sich mit dem „Rheinischen Kapitalismus“ und dem „neo-amerikanischen“ Modell zwei Formen von Kapitalismus einander gegenüber. Der amerikanische Kapitalismus beruht „auf dem schnellen Gewinn“ und der spezifischen „Vermarktung in den Medien“; der „Rheinische Kapitalismus“, das heißt die Marktwirtschaft mit sozialpolitischen und -staatlichen Abfederungen, beruht auf dem „gemeinsamen Erfolg“ gemäß der „Mitbestimmung“, dem „Konsens“ und dem „langfristigen Vorausdenken“.¹ Die Probleme der internationalen wirtschaftlichen und politischen „Gemengelage“ werden von Michel Albert anschaulich beschrieben und belegt. Doch die Beschreibung der Genese des „Rheinischen Kapitalismus“² erfolgt eher oberflächlich, zumal er diesen als Sammelbegriff versteht, unter den er auch die Niederlande, Belgien, die Schweiz und Österreich, die nordeuropäischen Länder sowie Japan subsumiert. Albert bemerkt, dass das sozial-marktwirtschaftliche System im Rheinland entstanden sei, doch führt er dieses zurück auf die „Kurstadt Bad Godesberg, in der Nähe von Bonn“, wo „die deutsche Sozialdemokratie“ 1959 beschlossen habe, „dem Kapitalismus beizutreten“.³ Die Genese der Sozial-

* Der folgende Beitrag ist die erweiterte Fassung meines Vortrags im Rahmen des Kolloquiums „Rheinischer Kapitalismus und Soziale Marktwirtschaft“, das vom 25. bis 26. August 2022 in Bonn stattfand. Veranstaltet wurde es von der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen und der Ludwig-Erhard-Stiftung, in Verbindung mit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

1 Michel Albert: *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Frankfurt a. M./New York 1991, vgl. Zitate S. 25, 120; franz.: *Capitalisme contre Capitalisme*, Paris: Edition du seuil 1992. Michel Albert (1930–2015) war von 1978 bis 1981 Leiter des Commissariat général du Plan, das dem französischen Premierminister unterstellt war, und von 1982 bis 1994 Präsident der Französischen Versicherungsgesellschaft Assurances Générales de France.

2 Vgl. Hans Günter Hockerts/Günther Schulz (Hg.): *Der „Rheinische Kapitalismus“* in der Ära Adenauer (Rhöndorfer Gespräche 26). Paderborn 2016.

3 Man kann allenfalls sagen, dass sich die SPD mit ihrem Godesberger Programm von 1959 „allmählich in Richtung ‚Soziale Marktwirtschaft‘“ bewegte. Stefan Leibold: *Die soziale Marktwirtschaft – ein Zukunftsmodell?*, in: *Ethik und Gesellschaft* 1/2010: „Wem gehört die ‚Soziale Marktwirtschaft‘?“ Herkunft und Zukunft einer bundesrepublikanischen Erfolgsformel, S. 16. Vgl. Rudolf Uertz: *Annäherungen: Christliche Sozialethik und SPD*, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 13 (2006), S. 93–120. Zur SPD und dem Godesberger Programm von 1959 vgl. Brigitte Seebacher: *Hundert Jahre Hoffnung und ein langer Abschied. Zur Geschichte der Sozialdemokratie*. Bonn 2023, S. 292–294.

len Marktwirtschaft versteht er als Folge der „Währungsreform von Ludwig Erhard aus dem Jahre 1948“. – Das ist zu kurz gedacht. Ich werde im Folgenden die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialprogrammatik der CDU der britischen Zone vom Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm (1947) bis zu den Düsseldorfer Leitsätzen, dem Programm der Sozialen Marktwirtschaft (1949), anhand von Dokumentationen, Archivalien und eigenen Untersuchungen nachzeichnen.⁴

Selten hat ein Parteiprogramm in Deutschland eine solche Resonanz erfahren wie das am 3. Februar 1947 von der CDU der britischen Zone verabschiedete Ahlener Wirtschafts- und Sozialprogramm. Zu seiner Popularität trugen auch SPD und DGB-Gewerkschaften bei. Die IG-Metall ließ noch bis in die 1970er Jahre das Programm von Ahlen zu Schulungszwecken nachdrucken.⁵ Der Tenor: Die CDU ist mit diesem Programm angetreten, eine gemeinwirtschaftliche Ordnung zu entwerfen; mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft 1949 habe sie ihre sozialreformerischen Ursprünge der Frühzeit verraten.

In der CDU-Bundesgeschäftsstelle hingegen war die Bereitschaft, zum Ahlener Programm näher Auskunft zu geben, in den 1960er Jahren nicht sehr ausgeprägt. So wurden dort Anfragen zu diesem Manifest rein formal beantwortet: Das Programm sei „von Gremien der Gesamt-CDU weder behandelt noch angenommen worden“.⁶ Historiker, die sich trotz magerer Quellenlage mit der Programmgeschichte der frühen CDU befassten, konnten sich lediglich auf Konrad Adenauers „Erinnerungen 1945–1953“ (1965)⁷ und dessen Biografen Paul Weymar „Konrad Adenauer“ (1955) stützen.⁸ Bei beiden heißt es übereinstimmend, dass sich Adenauer in der Sozialisierungsfrage mit dem Gewerkschafter Johannes Albers bereits auf der Ersten Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. März 1946 in Neheim-Hüsten geeinigt habe.

4 Vgl. zur Thematik Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus in der frühen CDU. Grundlagen und Wirkungen der christlich-sozialen Ideen in der Union 1945–1949 (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 43). Stuttgart 1981; Gerold Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland, 1945–1949 (Studien zur Zeitgeschichte 10). Stuttgart 1977; Michael Borchard: Stationen der programmatischen Entwicklung der CDU, in: Norbert Lammert (Hg.): Handbuch zur Geschichte der CDU. Grundlagen, Entwicklungen, Positionen. Darmstadt 2023, S. 79–107.

5 Vgl. Das Ahlener Programm: programmatische Erklärung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone auf der Tagung vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen. Hg. von IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt a. M. 1971.

6 Wilhelm Mommsen: Deutsche Parteiprogramme, Berlin/München 1961, S. 11.

7 Konrad Adenauer: Erinnerungen. Bd. 1: 1945–1953. Stuttgart 1965, S. 43 ff.

8 Paul Weymar: Konrad Adenauer: Die autorisierte Biographie. München 1955, S. 293 ff.

Der Freiburger Politikwissenschaftler Wolfgang Jäger schreibt 1976 in der Edition „Konrad Adenauer und seine Zeit“,⁹ Adenauer habe auf der ersten Zonenausschusstagung in Neheim-Hüsten 1946 „sein Meisterstück“ geliefert und nach der Eliminierung der christlich-sozialen Kräfte das Ahlener Programm selbst formuliert. Auf Adenauers „Erinnerungen“ (1965) stützt sich auch Rudolf Morsey. Mit seinem am 1. März 1946 vorgelegten Programm von Neheim-Hüsten habe Adenauer die Spaltung der Partei verhindert und bezüglich der Sozialisierungsfrage „eine verbindliche programmatische Plattform“ geschaffen.¹⁰ Doch wie konnte Adenauer sich schon im März 1946 mit Johannes Albers in der Sozialisierungsfrage geeinigt haben, wenn der Gewerkschafter erst im Oktober desselben Jahres von Adenauer selbst als Vorsitzender in den „Ausschuss für Wirtschafts- und Sozialordnung der rheinischen CDU“ berufen wurde, der für die Erstellung des Ahlener Programms zuständig war?¹¹

Der erste Bundespolitiker, der das Ahlener Programm nach Jahrzehnten kurzzeitig wieder in die politische Diskussion brachte, war Kurt Biedenkopf. Kurz nach seiner Ernennung zum Generalsekretär der CDU unter ihrem Vorsitzenden Helmut Kohl hielt Biedenkopf in der Katholischen Akademie in München im Dezember 1973 eine vielbeachtete Rede, in der er auf die frühe Programmatik der CDU zu sprechen kam. Die christliche Soziallehre, die das Ahlener Programm geprägt habe, und den ordnungspolitischen Liberalismus sieht Biedenkopf als die beiden wichtigsten theoretischen Grundströmungen der CDU-Programmatik. Gemäß den Düsseldorfer Leitsätzen (1949) seien die sozialreformerischen Ordnungsideen der christlichen Soziallehre auch weiterhin konstitutive Elemente der Programmatik der Union. In den Leitsätzen seien die Spannungen zwischen diesen beiden Grundströmungen, der christlichen Soziallehre einerseits und dem Ordoliberalismus andererseits, „überdeckt“, nicht

-
- 9 Wolfgang Jäger: Adenauers Einwirkung auf die programmatische Entwicklung der CDU, in: Dieter Blumenwitz u. a. (Hg.): Konrad Adenauer und seine Zeit. Politik und Persönlichkeit des ersten Bundeskanzlers. Bd. 2: Beiträge der Wissenschaft. Stuttgart 1976, S. 427–452, hier 437 f.
- 10 Rudolf Morsey: Der politische Aufstieg Konrad Adenauers, 1945–1949, in: Klaus Gotto u. a. (Hg.): Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963. München 1975, S. 38–96, hier 55 ff.
- 11 Laut Protokoll der Zonenausschusstagung vom 21.–23. Oktober 1946 in Lippstadt beschloss der Zonenausschuss zu Punkt 3 der Tagesordnung, „den wirtschaftspolitischen mit dem sozialpolitischen Ausschuss zu einem Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschuss zu vereinigen. Zum Vorsitzenden wurde Herr Johannes Albers, Köln, Breitestr. 108, gewählt und dieser zu diesem Zwecke zum außerordentlichen Mitglied des Zonenausschusses bei dessen Neukonstituierung bestellt.“ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone, 1946–1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Einleitung und Bearbeitung: Helmuth Pütz. Bonn 1975, S. 206.

jedoch gelöst worden; doch stellten sie, so Biedenkopf, „eine wichtige Triebfeder für die weitere programmatische Entwicklung der CDU dar“.¹²

Die Münchener Rede des CDU-Generalsekretärs erzürnte den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß. Er bezeichnete das Manifest von Ahlen als „Jugendsünde“ und empfahl seinen Parteifreunden, endlich die „Mumie im Grab“ zu lassen und „nicht das Gras zu fressen, das längst darüber“ gewachsen sei.¹³

Ein Produkt der Nachkriegszeit

Schauen wir uns die „Mumie“ etwas näher an. Das Programm von Ahlen war weder eine „Jugendsünde“, noch ein „Unfall“; es war vielmehr ein Produkt der Nachkriegszeit, genauer des Winters 1946/47, der zu den extremsten in Deutschland zählt. Kälte und Hunger, Not und Elend sowie die Mangelbewirtschaftung ließen im Winter 1946/47 noch tausende von Menschen erfrieren und verhungern. In seiner berühmten Silvesterpredigt 1946 hat der Kölner Erzbischof, Kardinal Frings, den Diebstahl von zum Überleben notwendigen Gütern in existentieller Notsituation sittlich gerechtfertigt. Daraufhin bezeichneten die Rheinländer den Kohlenklau auf den Güterbahnhöfen fortan als „Fringsen“.

Die britische Besatzungsmacht verfolgte den Plan, die Schlüsselindustrien in ihrer Zone zu verstaatlichen. Die CDU in Hessen, in Berlin und der Sowjetzone vertrat noch einen „christlichen Sozialismus“. Der Generalsekretär der CDU Rheinland, Dr. Karl Zimmermann, charakterisierte die politische und sozialwirtschaftliche Lage jener Jahre: „Die politische Tendenz geht in aller Welt nach links. Die soziale Not, die im Verfolg des Krieges überall entstanden ist, macht dies verständlich. Ebenso zeigt sich aber auch überall das Erwachen christlicher Kräfte. Und auch die christlichen Kräfte zeigen überall die Richtung nach links. Links nicht im Sinne einer radikalen politischen Umwälzung, sondern im Sinne einer sozialen Reform und einer sozialen Politik.“¹⁴

Was zum „Mythos von Ahlen“ sicherlich beigetragen hat, war der Umstand, dass von der Zonenausschusstagung vom Februar 1947 kein Protokoll existiert.¹⁵

12 Kurt Biedenkopf: Die freiheitliche Alternative zum Sozialismus, in: Süddeutsche Zeitung vom 13. Dezember 1973; vgl. auch Kurt Biedenkopf zum Ahlener Programm, in: Der Spiegel vom 29. September 1975.

13 Vgl. Das Erbe von Ahlen entzweit die Union, in: Handelsblatt vom 15. Oktober 1975.

14 Zit. nach Klaus Gotto, in: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hg.): Christliche Demokratie in Deutschland. Melle 1978, S. 21 ff.; vgl. auch ders.: Das Ahlener Programm und die Düsseldorf Leitsätze, <https://www.kas.de/de/einzeltitel/-/content/das-ahlener-programm-und-die-duesseldorfer-leitsaetze> (Abruf: 10. August 2023).

15 Pütz (Bearb.): Konrad Adenauer und die CDU, S. 280, meint, dass in der Zonenausschusstagung vom 1. bis 3. Februar 1947 in Ahlen „als einziger Tagesordnungspunkt das ‚Ahlener Programm‘ beraten und beschlossen wurde, es also ein Ergebnisprotokoll darstellt“. Dem

Über deren Tagungsablauf sind wir aber relativ gut informiert durch den Zeitzeugen Antonius John. Er war Mitglied des sogenannten Walberberger Kreises, nahm teil an den Diskussionen der Dominikaner (P. Eberhard Welty u. a.) mit den Gewerkschaftern der CDU und Intellektuellen. Durch den Zonenausschusssekretär Erich Schmalz erhielt John auch eine Einladung zur Programmtagung in seiner Heimatstadt Ahlen.¹⁶

Adenauer und das Ahleener Programm

Im Jahre 1973 hat der Historiker Peter Hüttenberger in seiner Studie „Die Entstehung der parlamentarischen Demokratie Nordrhein-Westfalens“ erstmals Protokolle des Wirtschafts- und Sozialausschusses der rheinischen CDU im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf sichten können. Seine Funde bedeuteten damals eine kleine Sensation. Am 7. Januar 1947 legte demnach Konrad Adenauer in dem Bankgebäude von Robert Pferdenges in Köln einen ersten Programmentwurf vor. Am 20. Januar folgte ein zweiter Programmentwurf, der vom Generalsekretär der Zonenpartei, Dr. Joseph Löns, überarbeitet worden war. Hüttenberger resümiert: „Nach den vorliegenden Unterlagen ist es somit unzweifelhaft, dass Adenauer das Ahleener Programm formuliert hat.“¹⁷

Doch lassen die Dokumente in Adenauers Nachlass ein wesentlich differenzierteres Bild erkennen, als es Hüttenberger zeichnet. Die wichtigen Dokumente zur Sozialisierungsfrage waren nach der üblichen Sperrfrist 1977 vom Archiv Stiftung-Bundeskanzler-Adenauer-Haus in Rhöndorf freigegeben worden.¹⁸ Neben den schon 1973 im Düsseldorfer Hauptstaatsarchiv aufgetauchten Protokollen vom 7. und 20. Januar 1947, die Hüttenberger zur Verfügung standen, befinden sich neben diesen im Adenauer-Nachlass auch folgende Dokumente:

1. Der Programmentwurf „A) Grundsätzliches“ des Gewerkschafters „Johannes Albers, Köln, Breitestr. 108“;

widersprechen die Ergebnisse der weiteren Untersuchung sowie die Berichte der Zeitzeugen Antonius John und Georg Strickrodt; vgl. Anm. 16.

- 16 Antonius John: Ahlen und das Ahleener Programm. Ahlen 1977, S. 94 ff., führt aus, dass bei der Tagung in Ahlen den Delegierten der Programmtext vorlag, der gegenüber der Endfassung nur noch geringfügig verändert wurde; das bestätigte auch das Zonenausschussmitglied Dr. Georg Strickrodt; er hat in Ahlen empfohlen, den Begriff „distributives Prinzip“ im vorgelegten Programmentext (II.2) durch „machtverteilendes Prinzip“ zu ersetzen; vgl. Uertz: Christentum und Sozialismus, S. 109, 180.
- 17 Peter Hüttenberger: Nordrhein-Westfalen und die Entstehung seiner parlamentarischen Demokratie. Siegburg 1973, S. 73.
- 18 Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf (StBKAH), Nachlass Konrad Adenauer 1945–1947, Nr. 342.

2. Das Referat von Dr. Bruno Antweiler, Finanzdirektor der Deutzer Motorenwerke;¹⁹
3. Die von Generalsekretär Löns bearbeiteten Programmentwürfe Adenauers, die auf dem Entwurf von Albers und dem Referat von Bruno Antweiler basieren.²⁰

Am 17. Dezember 1946, der letzten Zonenausschusssitzung der CDU vor der Programmtagung in Ahlen im Februar 1947, skizzierte Adenauer in Lippstadt vor den Delegierten der Zonenpartei die Leitideen für das Wirtschafts- und Sozialprogramm sowie die Strategie, wie die CDU „zu einer geschlossenen Willensbildung“ komme. Das zentrale Ereignis, von dem auszugehen sei, seien die Landtagswahlen am 30. März 1947 in der britischen Zone. Ganz auf diese abgestellt war Adenauers Ansprache an die Delegierten. Die CDU müsse in ihrem Programm der SPD den freiheitlichen Gedanken in Wirtschaft und Politik entgegensetzen, die – wie auch die britische Besatzungsmacht – die Schlüsselindustrien verstaatlichen wolle. England fürchte nach wie vor die „Konkurrenz Deutschlands auf dem Weltmarkt“; es seien demnach „zwei entgegengesetzte Weltanschauungen“, die einander gegenüberstehen.

Die CDU wolle bei der Neuordnung der Wirtschaft „den Gesichtspunkt der Freiheit immer voranstellen“. Entsprechend müssten gemäß unserem Programm „Mammutgebilde, soweit sie nicht aus technischen Gründen absolut notwendig sind, verschwinden, auch damit wir exportier- und wettbewerbsfähig bleiben“. Es seien überdies mittlere und kleinere Betriebe zu schaffen, die krisenfester als die großen Unternehmungen seien, wobei die „darin tätigen Arbeitnehmer ein viel persönlicheres Verhältnis zum Betrieb als in den Mammutbetrieben“ hätten. Das sei der umgekehrte Weg zur SPD. Entsprechend wolle die CDU den „gemischtwirtschaftlichen Betrieb“, weil bei diesem „die Privatinitiative tätig

19 Vgl. Teilabdruck von Bruno Antweiler, in: Karl Zimmermann (Hg.): Christliche Sozialreform. Neues Wollen, neue Ordnung, Bericht über die Tagung der Sozialausschüsse der CDU Nordrhein/Westfalen in Herne, am 8./9. November 1946; ausführlicher hierzu das 34-seitige Manuskript von Bruno Antweiler: Zur künftigen deutschen Wirtschaftsverfassung (Nov. 1946?), in: Anlage zu Rudolf Uertz: Christentum und Sozialismus (72 Seiten), in: Ordner: Materialien/Ahlerner Programm, B. Kaff/R. Uertz: Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.; vgl. Rudolf Uertz: Das Ahlerner Programm. Die Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone vom 1. bis 3. Februar 1947 und ihre Vorbereitungen, in: Die politische Meinung Nr. 446, Januar 2007, S. 47–52.

20 Vgl. – jeweils in Form von Abschriften: Programmentwürfe zum Ahlerner Programm von Johannes Albers, Bruno Antweiler, Konrad Adenauer (vom 7.1.1947 und 20.1.1947); Dokumente zur programmatischen Entwicklung der CDU der britischen Zone: Kölner Leitsätze 1945 (1. u. 2. Fassung); Entschließung des sozialpolitischen Ausschusses der CDU der Godesberger Reichstagung vom Dezember 1945: Zum Sozialismus aus christlicher Verantwortung/Wirtschaftliche und Soziale Neuordnung; Programm von Neheim-Hüsten 1946; Essener Leitsätze für die Wirtschafts- und Sozialpolitik vom August 1946; Ahlerner Programm vom Februar 1947; Düsseldorfer Leitsätze vom Juli 1949, alle in: Materialien/Ahlerner Programm B. Kaff/R. Uertz.

ist“. Nur so könne das Kapital zum Wirtschaftsaufbau aus den USA kommen, wozu England nicht in der Lage sei.

Um die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der CDU möglichst auf einen „einheitlichen Nenner“ zu bringen und zu einer „geschlossenen Willensbildung“ zu kommen, sollten bei den Programmberatungen „in ganz kleinem Kreis“ Vertreter von Arbeitnehmern und Unternehmern aus Nordrhein-Westfalen „zur Aufstellung von Forderungen eines bestimmten Programms“ kommen. Das vom Wirtschafts- und Sozialausschuss der rheinischen CDU zu erstellende Programm solle sodann auf „einer besonderen Tagung [...] der ganzen britischen Zone“ vorgestellt und mit „maßgebende(n) Leute(n) von allen möglichen Seiten“ besprochen werden, „damit wir an die Öffentlichkeit mit einem ganz klaren, geschlossenen und überzeugenden Programm herantreten können“.²¹

Kontroverse im rheinischen Programmausschuss

Die Sitzungen des Programmausschusses der rheinischen CDU fanden am 7. und 20. Januar 1947 in Köln statt. In der letzten Sitzung kam es zu einem Eklat: Adenauer legte seinen zweiten, von Josef Löns²² bearbeiteten Entwurf vor, „der im Wesentlichen mit dem ersten inhaltsgleich ist, aber der Form nach eine Umarbeitung darstellt“ – so das Protokoll.

Dagegen wollte Johannes Albers seinen eigenen Programmentwurf durchsetzen, den er bereits am 7. Januar dem Gremium unterbreitet hatte. Das Protokoll vermerkt: „Die anschließende Diskussion befasste sich zunächst mit der Klärung der verschiedenen Vorhaben.“²³

Tatsächlich handelte es sich bei der „anschließende(n) Diskussion“ mit ziemlicher Sicherheit um jene Schicksalsstunde der Union, von der Adenauer in seinen „Erinnerungen“ (1965) schreibt, dass von ihr die endgültige Integration der CDU und ihr Fortbestand als Volkspartei abgehängt hätten. Wie schon angesprochen hat Adenauer in seinen Memoiren die Einigung mit Johannes

21 Vgl. Referat von Konrad Adenauer zur Eröffnung der Zonenausschusstagung der CDU der britischen Zone am 17.12.1946 in Lippstadt, in: Konrad Adenauer und die CDU, S. 248–265. Tatsächlich fanden die Landtagswahlen schließlich am 20. April 1947 statt.

22 Dr. Josef Löns (1910–1974) war Generalsekretär der Zonenpartei der CDU und zugleich Referent Adenauers als Vorsitzender des Zonenbeirats der CDU der britischen Zone sowie als Vorsitzender der CDU-Fraktion des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Siehe https://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/z/z/z1960a/kap1_12/para2_70.html (Abruf: 23. August 2023).

23 Am 26. Januar 1947 hat Johannes Albers Jakob Kaiser über den Ablauf der Tagung des rheinischen Programmausschusses in Köln brieflich informiert: „Ich hatte auch eine Vorlage ausgearbeitet, die [...] aber als zu weitgehend empfunden“ wurde. „Zufrieden bin ich nicht. Es wird aber das Programm unserer Freunde werden.“ Bundesarchiv Koblenz, NL Kaiser 164.

Albers in der Sozialisierungsfrage auf die erste Zonenausschusstagung vom 1. März 1946 vorverlegt.²⁴

Wie kam es – zwei Wochen vor der Ahlener Tagung – zur Einigung? Offenbar hat Adenauer eingelenkt; er hat laut Protokoll Albers und den Sozialausschüssen zugestanden, der etwas spröden Einleitung seines Alternativentwurfs vom 20. Januar²⁵ eine neue Präambel voranzustellen. Des Weiteren wurde Albers genehmigt, auf der Basis der Grundgedanken seines eigenen Entwurfs „ein größeres Manuskript“ zu erstellen, das „den Parteirednern zum Wahlkampf für die Landtagswahl am 30.3.47 Unterlagen zu allen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik vermittelt“.²⁶ Damit wurde den Mitgliedern der Sozialausschüsse das so begehrte Feld der politischen Agitation eingeräumt, das sie als (ehemalige) „christliche Sozialisten“²⁷ so vortrefflich beherrschten und nunmehr im Wahlkampf gegen die Kräfte von links einsetzen sollten. Doch hielt Adenauer inhaltlich an seinem zweiten Alternativentwurf fest.

Sozialisierungsdebatte im Landtag von Nordrhein-Westfalen

Erst seit der Sitzung vom 20. Januar 1947 in Köln war es möglich, die Partei auf ein gemeinsames Konzept für den Wahlkampf sowie auf die Sozialisierungsdebatte im Landtag von Nordrhein-Westfalen einzustimmen. Der CDU ging es darum, den Sozialisierungsforderungen von SPD und KPD ein eigenes zündendes Konzept im Sinne der Gemeinwirtschaftsideen entgegenzustellen. Drei Tage nach der Kölner Sitzung, am 23. Januar 1947, beantragte Adenauer als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag, die Sozialisierungsdebatte zu verschieben. Die CDU-Fraktion könne der Delegiertentagung der CDU der britischen Zone in Ahlen nicht vorgreifen; entsprechend könnten zum jetzigen Zeitpunkt die „programmatischen Feststellungen“ der CDU, die bereits vom

24 Vgl. Adenauer: *Erinnerungen 1945–1953*, S. 61: „Die Erreichung dieses Kompromisses zwischen den widerstrebenden Auffassungen war für die CDU äußerst wichtig. Wenn die Einigung nicht erreicht worden wäre, so fürchtete ich, wäre unsere Partei auseinandergefallen. Es ist in hohem Maße Johannes Albers aus Köln, der zu den früheren Christlichen Gewerkschaften gehörte, zu verdanken, dass dieser Kompromiss erreicht wurde. Er hat in stundenlangen Gesprächen mit den Vertretern der jeweiligen Auffassungen sich bemüht, eine Lösung in dieser Frage zu finden. Die CDU ist ihm zu großem Dank verpflichtet.“

25 In diesem 2. Entwurf heißt es im Vorspann unter Bezug auf das Programm von Neheim-Hüsten: „I. Unser Parteiprogramm vom 1.3.1946 sagt u. a.: Ziel aller Wirtschaft ist die Bedarfsdeckung des Volkes. Die Wirtschaft hat der Anerkennung der Entfaltung der schaffenden Kräfte des Menschen und der Gemeinschaft zu dienen. Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit [...]“

26 Rheinischer Programmausschuss: *Protokolle der Sitzungen vom 7. und 20. Januar 1947*, in der Bank von Robert Pferdmeiges, in: *Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStAD)*, RWN 116–3.

27 Vgl. Johannes Albers: *Grundgedanken zum Thema: Christlicher Sozialismus*. Diskussionsmaterial. Streng vertraulich! Köln 1946.

„linken und vom rechten Flügel einmütig“ erarbeitet worden seien, im Landtag noch nicht bestätigt werden. Er wolle aber – so Adenauer – „doch das verlesen, was sich als Ergebnis unserer Beratungen bisher herausgestellt hat, und was, wie ich Ihnen bestimmt sagen kann, auch in den endgültigen Formulierungen wiederkommen wird.“²⁸

Adenauer verlas dann die – von Johannes Albers und Karl Arnold gemeinsam ausgearbeitete – Stellungnahme, welche die Intonation ins Ahlener Programm bilden sollte: „Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund auf erfolgen.“

Zugleich modifizierte Adenauer die Vergesellschaftungsforderungen seiner Partei: „Die Überführung der vorgenannten Wirtschaftszweige (des Bergbaus, der Schwer-, Eisen- und Stahlindustrie) in Gemeineigentum setzt aber voraus, dass dem deutschen Volke das volle Verfügungsrecht über die Betriebe zurückgegeben wird, damit es in Freiheit und in eigener Verantwortung eine Wirtschafts- und Sozialordnung bilden kann [...]“. Das war die Grundbedingung, unter der Adenauer der Erstellung des Ahlener Programms und ebenso den Sozialisierungsbeschlüssen seiner Fraktion im Landtag zustimmen konnte.

Grundfunktionen des Ahlener Programms

Das Ahlener Programm sollte im Wesentlichen drei Grundfunktionen erfüllen:

1. Es war ein Einigungsprogramm beziehungsweise Integrationsprogramm, wie Adenauer selbst befand;²⁹
2. Das Programm bildete zugleich die Plattform für die Sozialisierungsdebatte und die Sozialisierungsanträge der CDU-Landtagsfraktion in NRW, in der Adenauer den Vorsitz führte;
3. Nicht zuletzt sollte das Ahlener Programm ein erfolgreiches Wahlprogramm sein: Die CDU ging aus den Wahlen in Nordrhein-Westfalen mit 37,6 % als stärkste Partei hervor und konnte mit Karl Arnold an der Spitze eine Koalitionsregierung mit SPD (32,0 %), Zentrum (9,8 %) sowie der KPD (14,0 %) bilden.

Die wichtigsten und markantesten Leitideen des Programms waren folgende Forderungen:

28 Zur Sozialisierungsdebatte im Landtag von NRW vgl. Detlev Hüwel: Karl Arnold. Eine politische Biographie. Wuppertal 1980, S. 128 ff.

29 Vgl. Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953, S. 61.

Es sollten Konzerne entflochten und in selbständige Einzelunternehmen überführt und mittels einer Kartellgesetzgebung kontrolliert werden. In Monopolbetrieben sollte das „machterteilende Prinzip“ eingeführt werden.

Öffentliche Körperschaften wie Staat, Land, Gemeinden, aber auch Genossenschaften und Belegschaften sollen an diesen Unternehmen beteiligt werden. Sodann heißt es: „Der dringend notwendigen Unternehmerinitiative ist der erforderliche Spielraum zu belassen.“ Das war Adenauers Kernforderung und Grundbedingung für die Zustimmung zum Ahlener Manifest, das damit neben den gemeinwirtschaftlichen Forderungen zugleich eine wesentliche Öffnungsklausel hin zu einer Marktwirtschaft erhalten sollte.³⁰ Weiter heißt es: Bergwerke, die lebenswichtige Urprodukte für das gesamte Volk fördern, seien ebenso zu vergesellschaften wie die eisenschaffende Großindustrie.

Für Banken und Versicherungen sollte die gesetzliche Kontrolle verschärft werden, in Großunternehmen sollen die Arbeiter im Aufsichtsrat vertreten sein. Das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Betrieb sollte neu gestaltet werden; verdiente Betriebsangehörige sollen in den Vorstand berufen werden.

Sodann folgt der zentrale Gedanke der Gewerkschafter: Planung und Lenkung wird lange erforderlich sein; die Planungs- und Lenkungsaufgaben sollen von Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft vorgenommen werden – bei gleichberechtigter Teilnahme von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.³¹

Theoretische Grundlagen und Quellen des Programms

Die wichtigsten Kontrapunkte des Programms sind: einerseits Adenauers Forderung nach Sicherung „der dringend notwendigen Unternehmerinitiative“, andererseits die Forderung Albers' nach „Planung und Lenkung der Wirtschaft“. Bemerkenswert ist, dass diese Forderung in seinem Programmentwurf vom 7. Januar 1947 in Klammern den „Reichswirtschaftsrat“ als Bezugsquelle anführt. Entsprechend sollten die „Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft zu einer Spitzenkörperschaft“ zusammengefasst werden, „die demokratisch aufgebaut, an der Willensbildung beteiligt ist, die der Aufstellung, Durchführung und Kontrolle der Wirtschaftsplanung zugrunde liegt“.³²

30 Dies hat schon Ernst Deuerlein: Christlich-Demokratische Union (CDU), in: Lexikon für Theologie und Kirche, 2. Bd. Freiburg i. Br. 1958/1986, Sp. 1131–1133, thematisiert.

31 Die hervorgehobenen Teile der Programmsätze entsprechen den ersten Druckfassungen des Ahlener Programms für den Wahlkampf und die Wahlkampfbroschüren, in die auch die Sozialisierungsanträge der CDU-Landtagsfraktion von NRW aufgenommen wurden.

32 Die Kapitel C. Planung und Lenkung, D. Stellung der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft und sozialpolitische Maßnahmen, in: Johannes Albers' Programmentwurf vom 7. Januar 1947, orientieren sich weitgehend an Heinrich Pesch: Christlicher Solidarismus und soziales Arbeitssystem (1920), S. 4, 11 ff., 26. Heinrich Pesch stellt in seinem ‚Sozialen Arbeitssystem‘ dem marxistischen Gedanken des Klassenkampfes die Idee der Solidari-

Tatsächlich entsprach der „Reichswirtschaftsrat“, Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) von 1919, als einer Art „wirtschaftsdemokratischer Sekundärverfassung“ zentralen Forderungen der Christlichen Gewerkschaften wie auch sozialdemokratischer Gewerkschafter und weiterer Politiker der Weimarer Zeit. Allerdings ist der Art. 165 WRV niemals in Kraft getreten.³³ Er sah vor, dass die Arbeiter und Angestellten dazu berufen seien, „gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken“. Von diesen Ideen ließ sich unter anderem der Jesuit Heinrich Pesch, studierter Nationalökonom, inspirieren. Er hat die korporatistischen Gedanken der WRV und der christlichen Soziallehre in der Flugschrift der Zentrums Partei „Christlicher Solidarismus und soziales Arbeitssystem“, (Berlin 1920), verarbeitet und in der katholischen Arbeiterschaft sowie in den katholischen Studentenbünden populär gemacht.

Ähnlich wie Heinrich Peschs Broschüre „Soziales Arbeitssystem“ enthält auch die Edition „Wirtschaftsdemokratie“ (Berlin 1928) des Gewerkschafters und Wirtschaftsjournalisten Fritz Naphtali gemäß sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Intentionen gemeinwirtschaftliche Ideen. In seinem Programm-entwurf hat Johannes Albers auch die „Wirtschaftsdemokratie“ zusammen mit der Leitidee „Gemeinwirtschaft“ angeführt. Diese korporatistischen Ideen, die in den 1920er und 1930er Jahren auch die katholische Soziallehre geprägt hatten,³⁴ finden sich auch – wenngleich modifiziert – im Ahlener Programm.³⁵

tät von Arbeit und Kapital, Unternehmer und Arbeitnehmer entgegen; hierzu zählen neben der betrieblichen Mitbestimmung die überbetriebliche Mitbestimmung in übergeordneten Körperschaften, die schließlich im ‚Reichswirtschaftsrat‘ zusammengefasst sind.

- 33 Joseph Mausbach: Kulturfragen in der Deutschen Verfassung. M.-Gladbach 1920, S. 34. Mausbach, führender katholischer Dogmatiker und Moralthologe in Münster, war als Zentrumsabgeordneter Mitglied der Verfassungsgebenden Versammlung von Weimar; in seinem Kommentar zur WRV bezeichnet Mausbach den Räteartikel der Reichsverfassung, Art. 165, als „den gesunden Gedanken einer berufsständischen Vertretung, wenn auch nur anfangsweise und unvollkommen, verwirklicht“; Stenografischer Bericht, 70. Sitzung vom 30. Juli [1919], S. 2091.
- 34 Das Manko der „berufsständischen Ordnung“ war der Umstand, dass sie gegen ständestaatliche Interpretationen nicht genügend gesichert war; d. h. dass das Subsidiaritätsprinzip als Prinzip katholischer Soziallehre (vgl. „Quadragesimo anno“, Nr. 79) im Kontext der berufsständischen Ordnung (ebd. Nr. 80) nicht mit der Idee personaler Kompetenzen und Rechte verknüpft war.
- 35 Die Sozialenzyklika Quadragesimo anno (1931) ist keine originäre Schöpfung des kirchlichen Lehramts; sie basiert vielmehr auf wissenschaftlichen Vorarbeiten des nach dem Ort der Tagungsstätte der Christlichen Gewerkschaften benannten „Königswinterer Kreises“ katholischer Sozialethiker, Ökonomen, Juristen und Sozialphilosophen um 1930; vgl. Oswald von Nell-Breuning: Der Königswinterer Kreis und sein Anteil an „Quadragesimo anno“, in: Wie sozial ist die Kirche. Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre. Düsseldorf 1972, S. 99–115; Manfred Hättich: Wirtschaftsordnung und katholische Soziallehre. Stuttgart 1957, S. VII, bemerkt, dass innerhalb der katholischen Sozialwissenschaft „keine einheitliche, in sich geschlossene Konzeption für eine konkrete Wirtschaftsordnung

Vom Ahlener Programm zu den Düsseldorfer Leitsätzen

Eine wichtige Vorentscheidung für eine neue Wirtschafts- und Sozialprogrammatische der CDU der britischen Zone war schon ein halbes Jahr nach der Verabschiedung des Programms von Ahlen auf der Zonenausschusssitzung der CDU vom 26. bis 27. Juli 1947 in Eutin gefallen. Dort verfügte Adenauer die Trennung des Wirtschafts- und Sozialpolitischen Ausschusses in je einen Wirtschaftspolitischen und einen Sozialpolitischen Ausschuss. Den Wirtschaftspolitischen Ausschuss sollte der Finanzpolitiker Franz Etzel leiten, während Johannes Albers nur noch für die Sozialprogrammatische verantwortlich sein sollte.³⁶

Bereits ein knappes Jahr später, am 17./18. Juni 1948, stimmte der Wirtschaftsrat in Frankfurt mit der Stimmenmehrheit von CDU, CSU und FDP – gegen die Stimmen von SPD und KPD – dem „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“ – kurz: „Leitsätze-gesetz“ – vom 21. Juni 1948 im Vereinigten Wirtschaftsgebiet (Bizone) zu und unterstützte damit den künftigen wirtschaftsliberalen Kurs Ludwig Erhards.³⁷ Beachtlich ist, dass auch die Gewerkschaftsvertreter der CDU-Fraktion in Frankfurt für das Leitsätze-gesetz stimmten. Ihr Sprecher, Theodor Blank, hatte im Frankfurter Wirtschaftsrat den wirtschaftspolitischen Kurswechsel Erhards „als einen Schritt im Interesse der Arbeiter“ begrüßt; das Leitsätze-gesetz „sei Ausdruck der ‚wirtschaftspolitischen Auffassung‘ der Union“. Blank war überzeugt, „dass man mit ‚diesem Gesetz den vom Volk gewünschten Weg‘ eingeschlagen habe“.³⁸ Erfolglos hatten dagegen Johannes Albers und Jakob Kaiser versucht, das Leitsätze-gesetz durch Einflussnahme auf die Gewerkschaftskollegen in der CDU/CSU-Fraktion des Wirtschaftsrats zu stoppen.³⁹

entwickelt (wurde), die eindeutig der katholischen Soziallehre zuzuschreiben wäre“. Diese sei vielmehr „für die ordnungspolitische Anwendung ihrer Grundsätze im Bereich der Wirtschaft auf das jeweilige Instrumentarium der Wirtschaftswissenschaft angewiesen“.

36 Protokoll der Tagung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone vom 27. und 28. Juli 1947 in Eutin, in: Konrad Adenauer und die CDU, S. 323.

37 Vgl. Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, S. 159–181; Alfred Müller-Armack: Soziale Marktwirtschaft (1946), in: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Bern/Stuttgart 1976, S. 78–170; Traugott Jähnichen: Die protestantischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft, in: root,+EuG-1-2010_Jaehnicen (2).pdf (Abruf 10. August 2023); ders.: Das Ideal eines „starken Staates“ zur Sicherung von Freiheit und sozialem Ausgleich. Beiträge des politischen Protestantismus zur christlich-demokratischen Programmatische, in: Jörg-Dieter Gauger/Hanns Jürgen Küsters/Rudolf Uertz (Hg.): Das christliche Menschenbild. Zur Geschichte, Theorie und Programmatische der CDU. Freiburg i. Br. 2013, S. 86–119.

38 Vgl. Ambrosius: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft, S. 174.

39 Erich Kosthorst: Jakob Kaiser. Stuttgart 1972, S. 26f.

Ludwig Erhard: Marktwirtschaft moderner Prägung

Angesichts der wirtschaftlichen Erfolge, die die Liberalisierung des Marktes im Zuge der Währungsreform vom 20. Juni 1948 bewirkte, konnte Ludwig Erhard auf Einladung Adenauers auf dem 2. Parteitag der CDU der britischen Zone vom 28. bis 29. August 1948 in Recklinghausen den Delegierten sein Wirtschaftsprogramm vorstellen. Er sprach zum Thema „Marktwirtschaft moderner Prägung“, wobei er der freien „Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums [...] die sozial verpflichtete Marktwirtschaft“ gegenüberstellte.⁴⁰

Zur letzten Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone am 25. Februar 1949 lud Adenauer Ludwig Erhard ins Adam Stegerwald-Haus der Sozialausschüsse in Königswinter ein. Der wichtigste Tagesordnungspunkt waren die Beratungen des künftigen Wirtschafts- und Sozialprogramms der CDU für die Wahlen zum Ersten Deutschen Bundestag am 14. August 1949, die „Düsseldorfer Leitsätze“. Erhard sprach, wie das Protokoll vermerkte, „formal als Gast“ „Zum marktwirtschaftlichen Kurs – als Grundlage eines wirtschaftspolitischen Programms für die CDU“.⁴¹ Seine Rede sollte von Franz Etzel, dem Leiter des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, redigiert werden und den Kern der Düsseldorfer Leitsätze bilden. Zudem sollten diese auch die Leitsätze über „Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau“ umfassen.⁴²

Erhard hat seine dem „Sozialen verpflichtete Wirtschaftsprogramm“ vor den Delegierten der Zonen-CDU eindrucksvoll vertreten; er gab sich überzeugt, dass „wir uns angesichts der gemeinsamen ethischen Grundlagen und der Werte der Unionspartei einigen können“. In der anschließenden Diskussion kritisierte

40 Vgl. Vortrag Ludwig Erhard: Marktwirtschaft moderner Prägung, in: Konrad Adenauer und die CDU, S. 657–678, hier 658.

41 Vgl. Rede Ludwig Erhard: „Zum marktwirtschaftlichen Kurs – als Grundlage eines wirtschaftspolitischen Programms für die CDU, ebd., S. 838–854.

42 Verantwortlich für die Erstellung der Düsseldorfer Leitsätze (1949) war offiziell die im August 1946 gegründete „Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU“. Diese kam zustande, da sich die Landesvorsitzenden der CDU und CSU über den Zusammenschluss, die Namen und das Programm der Union zunächst nicht einigen konnten. Vgl. Brigitte Kaff: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU (AG), in: Winfried Becker u. a. (Hg.): Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland. Paderborn 2002, S. 425 f. Angespannt war die Lage in der CSU. Adenauer verwies auf die Kontroversen zwischen der Führungsgruppe um Dr. Josef Müller und dem konservativ-traditionalistischen „Hundhammer-Flügel“. Vgl. Rede Konrad Adenauer vom 25. Februar 1949 in Königswinter, in: Konrad Adenauer und die CDU, S. 802. Dies betraf nicht zuletzt die gemeinsame Verfasserschaft der Düsseldorfer Leitsätze. Doch kündigte die CSU in Bayern kurzfristig ihre Mitwirkung am Programm auf. Für die erste Auflage der Leitsätze des Deutschland-Union Dienstes (DUD), des Presseorgans der CDU, kam die Kündigung aus München jedoch zu spät. Folglich verantworten CDU und CSU gemeinsam die erste Auflage der Düsseldorfer Leitsätze über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau der Christlich Demokratischen Union und der Christlich Sozialen Union vom, 15. Juli 1949, Hamburg 1949. 32 S.

Albers Erhards Vortrag: Dieser hebe „das Ahlener Programm in seinem Grundgefüge“ auf. Adenauer konterte, dass solche Programme und programmatischen Sätze „keinen Ewigkeitswert“ haben; zugleich konzedierte er, dass er zum Ahlener Programm stehe, das in entsprechender Form auch in den Düsseldorfer Leitsätzen zur sozialen Marktwirtschaft Berücksichtigung finden sollte. Dort wird das Kapitel, „Was versteht die CDU unter sozialer Marktwirtschaft?“, eingeleitet: „Die vorwiegend eigentumsrechtlichen und gesellschaftspolitischen Grundsätze des Ahlener Programms werden anerkannt, jedoch nach der marktwirtschaftlichen Seite hin ergänzt und fortentwickelt.“ Im Abschnitt „Marktwirtschaft, Leistungswettbewerb und Monopolkontrolle“ heißt es: „Dadurch führt die von uns geforderte Wirtschaftsordnung neben den im Ahlener Programm genannten Mitteln zu wahrer Wirtschaftsdemokratie, und deshalb nennen wir sie ‚soziale Marktwirtschaft‘.“⁴³

Jakob Kaiser, faktisch erster Mann der Sozialausschüsse,⁴⁴ gefielen „Erhards Ideen“, womit er praktisch die Zustimmung der CDU-Gewerkschafter zum Programm der sozialen Marktwirtschaft gab und bemerkte: „Es sind unverlierbare Bestandteile, die erhalten werden müssen, [...] und es ist die Aufgabe unserer Partei, diese unverlierbaren Werte mit dem, was neu werden muss – und da springt die Sorge von Albers auf – in eine Harmonie zu bringen.“⁴⁵

Resümee

Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft – wenn man so will, des „Rheinischen Kapitalismus“ – als Wirtschafts- und Sozialprogramm für die Bundesrepublik Deutschland, ist geographisch tatsächlich dem Rheinland zuzuordnen, genauer den Städten Köln und Königswinter, wo die jeweiligen Programme beschlossen wurden:

- Der Programmausschuss der rheinischen CDU erstellte in Sitzungen am 7. und 20. Januar die Leitsätze für das Programm, das den Delegierten des Zonenausschusses in Ahlen am 3. Februar als Wahlprogramm zur Abstimmung für die Wahlen in der britischen Zone am 30. März 1947 vorgelegt wurde.
- Angesichts der erfolgreichen Liberalisierung des Marktes, die das vom Frankfurter Wirtschaftsrat der Bizone mit der Stimmenmehrheit von CDU, CSU und FDP beschlossene „Leitsatzegesetz“ vom 21. Juni 1948 im Zuge der

43 Vgl. Düsseldorfer Leitsätze der CDU vom 15. Juli 1949 über Wirtschaftspolitik, Landwirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Wohnungsbau; Sonderdruck des DUD 1949, S. 2, 6.

44 Nach seiner Entlassung als Vorsitzender der Ost-CDU in der sowjetischen Besatzungszone Ende 1947, zusammen mit Ernst Lemmer, ging Jakob Kaiser in den Westen, wo er mit Johannes Albers den Aufbau der Sozialausschüsse der CDU leitete; dort löste er im Laufe des Jahres 1949 Albers als ersten Vorsitzenden ab.

45 Vgl. Konrad Adenauer und die CDU, S. 85 f.

Währungsreform zeitigte, lud Konrad Adenauer Ludwig Erhard zur Vorstellung seines Wirtschaftsprogramms in die britische Zonenpartei ein.

- In der letzten Sitzung des Zonenausschusses, am 25. Februar 1949 im Haus der Sozialausschüsse in Königswinter, erfolgte die Zustimmung der Delegierten zu Erhards Leitsätzen zur Sozialen Marktwirtschaft.

Die Dynamik, mit der die CDU Ludwig Erhards Wirtschaftskonzept in ihr Parteiprogramm aufnehmen und umsetzen sollte, überraschte den Finanzpolitiker Franz Etzel. Nachdem Johannes Albers nur noch für die Sozialpolitik zuständig war, sollte Etzel Erhards Vortrag redigieren und für das Wahlprogramm der CDU zum Ersten Deutschen Bundestag 1949, den Düsseldorfer Leitsätzen vom 15. Juli 1949, bearbeiten. In der Sitzung in Königswinter umschrieb er seinen Auftrag vor den Delegierten: „Wir haben, wenn ich es glatt herausagen darf, ja gar keine Wirtschaftspolitik der CDU, sondern die Wirtschaftspolitik von Prof. Erhard gemacht, und von der CDU her haben wir sie sanktioniert.“⁴⁶

46 Vgl. Protokoll der Sitzung des Zonenausschusses der CDU der britischen Zone vom 24. und 25. Februar 1949 in Königswinter (Stegerwaldhaus), in: Konrad Adenauer und die CDU 775–866, hier 861 f.; zum Dokumentarband: Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone vgl. Helmut Herles: Vom Zonenausschuss zum Grundgesetz, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Januar 1976.